



I. Gekommen, um zu bleiben – Deutschlands Engagement im Indo-Pazifik: Strategische Rohstoffpartnerschaften aufbauen

Jakob Kullik, Arbeitskreis Junge Außenpolitiker

- › Der Indo-Pazifik ist für die deutsche und europäische Rohstoffsicherheit von herausragender Bedeutung. Eine strategische Auseinandersetzung mit Blick auf die Rohstoffe in der Region hat in Deutschland und Europa bisher aber kaum stattgefunden.
- › Deutschland und die EU haben in den letzten Jahren zwar eine Reihe von Initiativen im Bereich der strategischen Rohstoffsicherung und der Entwicklung neuer Technologien auf den Weg gebracht, diese kommen allerdings um Jahre zu spät. Es handelt sich in erster Linie um politische Reaktionen auf Europas vulnerable Situation auf den Rohstoffmärkten.
- › Deutschland und Europa sollten die Möglichkeiten der rohstoffreichen Indo-Pazifik-Region stärker nutzen. Dazu sollten strategische Rohstoffpartnerschaften mit einigen Ländern im Indo-Pazifik aufgebaut und strategische Unternehmen unterstützt werden. Des Weiteren sollte Deutschland von Ländern mit ähnlichen Versorgungsherausforderungen lernen, wie zum Beispiel Japan.

Inhaltsverzeichnis

Die Indo-Pazifik-Region als Achillesferse der deutschen und europäischen Rohstoffversorgung	2
Der Indo-Pazifik als rohstoffstrategisch vernachlässigte Region	4
Empfehlungen an die Politik – mögliche Rohstoffinitiativen Deutschlands in der Indo-Pazifik-Region	5
Fazit und Ausblick	8
Impressum	10

Die wirtschaftliche und strategische Bedeutung des Indo-Pazifiks ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. So gilt der Raum als eine der dynamischsten Regionen der Welt mit einer überdurchschnittlich jungen Bevölkerung und rasant wachsenden Märkten. Einige der weltweit wichtigsten Handels- und Seerouten führen durch diese globale Schlüsselregion. Gleichzeitig ist die Region zu einem Schauplatz geopolitischer Rivalitäten, zunehmender Militarisierung sowie territorialer Streitigkeiten geworden und entwickelt sich mehr und mehr zu einem Pulverfass. Durch den wachsenden regionalen sowie globalen Gestaltungsanspruch Chinas und durch das expansive Vorgehen der Volksrepublik haben die Spannungen mit den USA, aber auch mit mehreren Staaten in der Region in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Der Indo-Pazifik ist verstärkt ins Blickfeld der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gerückt. Mit der Verabschiedung der Indo-Pazifik-Leitlinien im September 2020 hat Deutschland ein klares Bekenntnis für mehr Engagement mit den Anrainerstaaten vorgelegt und angekündigt, sich stärker für seine Interessen in diesem Raum einzusetzen. Der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich in einer Reihe von Hintergrundgesprächen mit Experten und Expertinnen – insbesondere aus der Region – damit beschäftigt, welche Erwartungen die Partner im Indo-Pazifik an die deutsche Rolle haben und wie die Leitlinien mit Leben gefüllt werden können. In drei Papieren machen die Autoren des Arbeitskreis Junge Außenpolitiker konkrete Vorschläge, wie Deutschland sein Engagement in der Region in den Feldern (I) Rohstoff-, (II) Sicherheits- und (III) Handelspolitik ausbauen kann. In diesem ersten Papier argumentiert Jakob Kullik für den Aufbau von strategischen Rohstoffpartnerschaften mit den Ländern im Indo-Pazifik.

Die Indo-Pazifik-Region als Achillesferse der deutschen und europäischen Rohstoffversorgung

Der geografische Raum zwischen Ostafrika und den Pazifischen Inseln – zusammenhängend als Indo-Pazifik-Region bezeichnet – ist für die Weltwirtschaft eine Schlüsselregion und zugleich eine strategische Arena der Großmächte und Anrainerstaaten. Auch in Fragen der Rohstoffsicherheit ist die Region von herausragender Bedeutung. Aus deutscher und europäischer Sicht hängt der Erfolg des European Green Deal und der Digitalisierung in erheblichem Maße von der gesicherten Versorgung mit sogenannten kritischen Mineralien und Metallen wie Seltenen Erden, Lithium und Kobalt ab. All diese Rohstoffe bilden die Grundlage für unsere technisierte Welt. In nahezu sämtlichen (Zukunfts-)Technologien, wie Elektroautos, Windkraftanlagen oder Computern, sind sie verbaut. Ohne diese Rohstoffe und Materialien wird die ‚grüne‘ Energie- und Mobilitätswende nicht gelingen. Die Europäische Kommission stuft derzeit 30 Rohstoffe als „kritisch“ ein und geht von einem sich verschärfenden Wettbewerb um diese in den nächsten Jahrzehnten aus.¹ Noch können diese Rohstoffe, deren Bedarfe in den nächsten Jahr(zehnt)en stark steigen werden, nur sehr

Indo-Pazifik in Fragen
der Rohstoffsicherheit
von herausragender
Bedeutung

schwer zurückgewonnen oder durch andere, weniger kritische, Elemente ersetzt werden, weshalb wir auch künftig auf Bergbau angewiesen sein werden. Deutschland und die EU sind bei allen kritischen Metallen in hohem Maße von Importen abhängig, und der Blick auf die Hauptlieferländer beziehungsweise -regionen gibt in mehrfacher Hinsicht Anlass zur Sorge. Es ist nicht vordergründig die geologische Verfügbarkeit, die problematisch ist, sondern es sind die ökonomischen, geopolitischen und sozialen Aspekte, die mit der Förderung und Verarbeitung der kritischen Rohstoffe einhergehen. Einige der Märkte, zum Beispiel für Seltene Erden, Indium, Gallium und Germanium, sind intransparent und werden von nur wenigen Anbietern kontrolliert. Hinzu kommt, dass sich die Kontrolle über mehrere Stufen der gesamten Wertschöpfungskette erstreckt. So dominieren etwa chinesische Seltenerdunternehmen nicht nur den Abbau, sondern größtenteils auch die Weiterverarbeitung zu Seltenerd-Zwischenprodukten (Oxide) bis hin zum Endprodukt (Magnete). Diese rohstoffökonomische Dominanz eines Landes führte in der Vergangenheit zu handelspolitischen Spannungen, wie etwa zwischen China und Japan im Jahr 2010. Hinzu kommen immense negative ökologische und soziale Folgen. Das prominenteste Beispiel ist die Demokratische Republik Kongo, wo Kinderarbeit zur Gewinnung von Konfliktmineralien (Gold, Tantal, Wolfram, Zinn) und Kobalt beiträgt. Deutschland und die EU müssen im Rahmen ihrer Rohstoffstrategien sowohl die geologischen und ökonomischen Aspekte als auch die geopolitischen und sozial-ökologischen Faktoren stärker als bisher berücksichtigen.

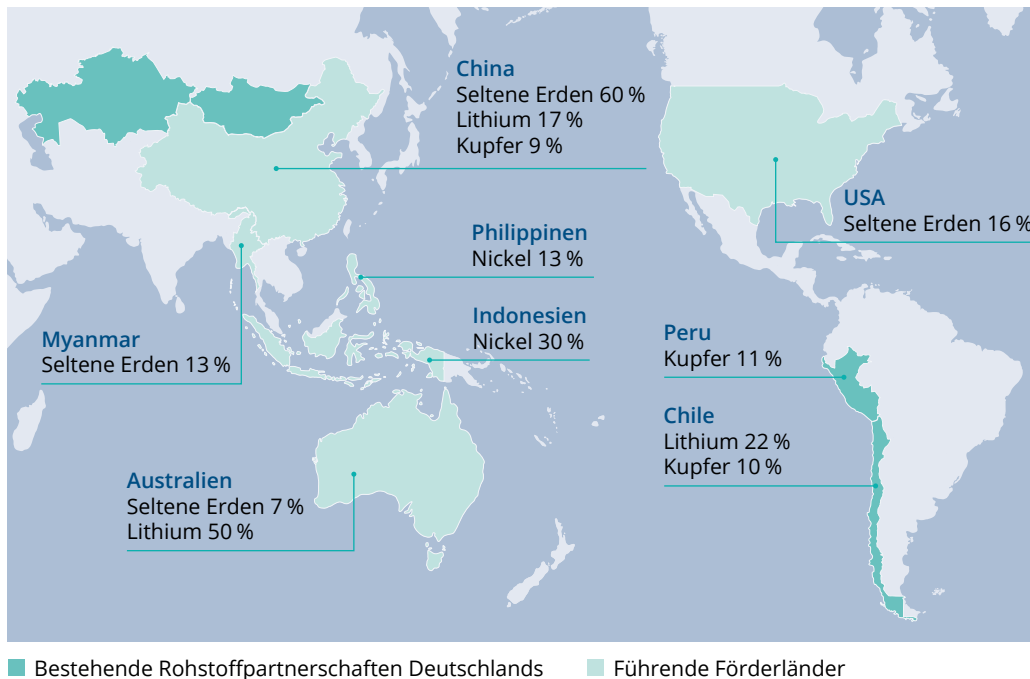
Deutschland und die EU sind bei allen kritischen Metallen von Importen abhängig.

Gleicht man die bekannten Lagerstätten mit der aktuellen EU-Liste für kritische Rohstoffe ab, ergibt sich folgendes Bild: Bei den Seltenen Erden befinden sich alle bedeutenden Lieferländer in der indo-pazifischen Großregion. China besitzt etwa 60 Prozent Marktanteil bei der Primärförderung, die USA 16 Prozent, Myanmar (Burma) circa 13 Prozent und Australien immerhin sieben Prozent.² Die weltweite Lithiumproduktion ist geografisch ebenfalls in dieser Region konzentriert: Australien fördert knapp die Hälfte des weltweiten Lithiums, gefolgt von Chile mit 22 Prozent und China mit 17 Prozent Marktanteilen.³ Die Nischenmärkte der kritischen Industriemetalle Antimon, Bismut, Gallium, Germanium und Indium werden überwiegend von chinesischen und ostasiatischen Unternehmen kontrolliert. Bei den mengenmäßig bedeutsamen Industriemetallen Kupfer und Nickel, die bisher nicht als kritisch eingestuft wurden, aber für zahlreiche Elektronikprodukte und (Zukunfts-)Technologien unentbehrlich sind, liegen die größten Förderländer ebenfalls im Indo-Pazifik. Die führenden Förderländer von Kupfer sind Chile mit circa 29 Prozent und Peru mit 11 Prozent Anteil an der Weltproduktion. China produziert knapp 9 Prozent des weltweiten Kupfers und ist mit 39 Prozent Marktanteil der größte Verarbeiter von Kupferprodukten. Bei Nickel sind es Indonesien mit 30 Prozent und die Philippinen mit etwa 13 Prozent Marktanteil.⁴ Das geografische Big Picture der relevanten Rohstofflagerstätten ist somit eindeutig: Sowohl bei einer Vielzahl kritischer Elemente als auch bei den bedeutenden Massenmetallen sind die Länder des Indo-Pazifiks wichtige Bezugsquellen für die deutsche und europäische Industrie. Die stoffliche Achillesferse der europäischen Energie- und Klimawende liegt demzufolge im rohstoffreichen Indo-Pazifik-Raum. Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass auch in den beiden großen Ozeanen – dem Indischen Ozean und dem Pazifik – die Erkundung von Rohstofflagerstätten in der Tiefsee von allen großen Industrienationen betrieben wird. Auch Deutschland hält zwei Lizenzgebiete in beiden Ozeanen, in denen die dortigen Vorkommen untersucht werden. Bislang findet kein industrieller Abbau von Tiefseemineralien statt, da der ökonomische und technologische Aufwand noch zu hoch ist. Sollte es jedoch einmal so weit sein, ist es wichtig, dass der Abbau möglichst umweltverträglich stattfindet und es zu keinen Konflikten um die Rohstoffschätze und Gebietsansprüche in der Tiefsee kommt.

Bei den Seltenen Erden befinden sich alle bedeutenden Lieferländer in der indo-pazifischen Großraumregion.

Die stoffliche Achillesferse der europäischen Energie- und Klimawende liegt im rohstoffreichen Indo-Pazifik.

Abb. 1: Bedeutende Förderländer kritischer Rohstoffe und Industriemetalle in der Indo-Pazifik-Region



Quelle: Zahlen aus: U.S. Geological Survey: Mineral Commodity Summaries 2021

Der Indo-Pazifik als rohstoffstrategisch vernachlässigte Region

Trotz der enormen rohstoffökonomischen Bedeutung der Indo-Pazifik-Region spielte sie bis vor Kurzem für die deutsche und europäische Rohstoffpolitik kaum eine Rolle. In den *Leitlinien zum Indo-Pazifik* der Bundesregierung aus dem Jahr 2020 werden Rohstoffe nur an wenigen Stellen in Verbindung mit Agrarrohstoffen erwähnt. Kritische Rohstoffe werden nicht explizit genannt.⁵ Strategische Überlegungen, die Deutschlands Rohstoffabhängigkeiten und Lieferbeziehungen aufzeigen und die Verbesserung der Rohstoffversorgungssicherheit adressieren, existieren in den deutschen Indo-Pazifik-Leitlinien nicht. In früheren Rohstoffstrategien der Bundesregierung wie der von 2010 war Rohstoffpolitik im Grunde klassische Außenwirtschaftspolitik. Dementsprechend war und ist die Industrie hauptverantwortlich für ihre Rohstoffsicherung. Der Staat flankiert(e) punktuell durch finanzielle, diplomatische und regulatorische Maßnahmen. Eine genuin strategische Sichtweise, wonach dem deutschen Staat eine stärker proaktive Rolle im Wettbewerb um den Zugang zu Rohstoffen und Lieferketten zukommt, spielte lange Zeit keine Rolle. Derartige Aspekte werden hingegen in der Neuauflage der Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die 2020 erschien, thematisiert. In dieser wird zwar nicht explizit vom indo-pazifischen, stattdessen vom asiatisch-pazifischen Raum gesprochen, in dem „asiatische Staaten massiv ihre Produktionskapazitäten“⁶ steigerten und „europäische Produzenten im Bereich der Metallgewinnung und -verarbeitung unter hohem Wettbewerbsdruck“⁷ stehen. Daneben werden die dominante Rolle Chinas, die fehlende Rohstoffförderung und Weiterverarbeitung in Europa und die Zunahme staatlicher Interventionen in Rohstoffmärkte als potenzielle Risiken für Deutschlands Rohstoffversorgungssicherheit diskutiert. Überzeugende Antworten, wie diesen zahlreichen Herausforderungen und Entwicklungen strategisch begegnet werden kann, bleiben jedoch aus oder gehen in den diversen Einzelmaßnahmen unter.⁸ Beim Vergleich der beiden Dokumente fällt auf, dass in den Indo-Pazifik-Leitlinien der entsprechende Anteil zu (kritischen) Rohstoffen fehlt, in der Rohstoffstrategie der geografische Fokus auf den Indo-Pazifik-Raum.

Strategische Überlegungen, die Deutschlands Rohstoffabhängigkeiten und Lieferbeziehungen aufzeigen, existieren in den deutschen Indo-Pazifik-Leitlinien nicht.

In den einschlägigen EU-Dokumenten wird der Zusammenhang zwischen strategischen Rohstofffragen und der geoökonomischen Bedeutung der indo-pazifischen Großregion ebenfalls kaum hergestellt. In der aktuellen *EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific* der EU-Kommission von September 2021 spielen strategische Rohstoffsicherungsfragen keine Rolle.⁹ Es wird zwar Besorgnis über konfliktträchtige geopolitische Dynamiken und stör anfällige Lieferketten in der Region geäußert. Diesen Herausforderungen und Risiken will die EU indes mit multilateralen und völkerrechtlichen Initiativen und Maßnahmen begegnen. Eine stärkere geoökonomische oder geostrategische Handlungsbereitschaft im Wettbewerb um Rohstoffe, Gebiete und Märkte wird nicht signalisiert. In der im Vorjahr veröffentlichten Mitteilung der EU-Kommission zur *Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen* wurden hingegen klare Botschaften gesendet: „Es steht viel auf dem Spiel. Ob die EU ihre Wirtschaft erfolgreich umgestalten und modernisieren können wird, hängt von der nachhaltigen Sicherung der Primär- und Sekundärrohstoffe ab, die für den Ausbau sauberer und digitaler Technologien in allen industriellen Ökosystemen der EU benötigt werden.“¹⁰ Deutlich wird die Kommission hinsichtlich des Ausbaus ihrer rohstoffpolitischen Beziehungen: „Die EU wird strategische Partnerschaften mit rohstoffreichen Nicht-EU-Ländern eingehen müssen.“¹¹

Die Modernisierung der europäischen Wirtschaft hängt von der nachhaltigen Sicherung von Primär- und Sekundärrohstoffen ab.

Empfehlungen an die Politik – mögliche Rohstoffinitiativen Deutschlands in der Indo-Pazifik-Region

Deutschland und die EU haben in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen im Bereich der strategischen Rohstoffsicherung und der Entwicklung neuer Technologien auf den Weg gebracht, die zwar allesamt in die richtige Richtung weisen, jedoch um Jahre zu spät kommen. Die Gründungen der Europäischen Batterie-Allianz 2017 und der European Raw Materials Alliance 2020 sind ambitioniert und langfristig angelegt. Diese Projekte sind jedoch politische Reaktionen auf Europas vulnerable Situation auf den Rohstoffmärkten und die schwache Marktposition europäischer Unternehmen bei einigen Zukunftstechnologien, wie etwa Batterien und Mikrochips. Um die strategischen Möglichkeiten der wirtschaftlich dynamischen und rohstoffreichen Indo-Pazifik-Region für die Rohstoffsicherung Deutschlands und der EU künftig stärker zu nutzen und das Feld nicht außereuropäischen multinationalen Bergbaukonzernen oder Chinas Staatsunternehmen zu überlassen, gibt es *drei Optionen*, die die deutsche Bundesregierung allein oder gemeinsam mit ihren EU-Partnern und im engen Austausch mit der europäischen Wirtschaft anstoßen und begleiten kann.

Wichtige deutsche und europäische Initiativen im Bereich der Rohstoffsicherheit kamen um Jahre zu spät.

1. Neue Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Staaten

Seit mehreren Jahren unterhält Deutschland diverse Rohstoffpartnerschaften und -kooperationen mit rohstoffreichen Staaten (Mongolei, Kasachstan, Peru, Chile). Auch die EU hat unlängst eine Rohstoffpartnerschaft mit Kanada und ein *Memorandum of Understanding* mit der Ukraine zur Schaffung einer solchen unterzeichnet. Obwohl die Bilanzen der vier deutschen Rohstoffpartnerschaften bis dato durchwachsen sind und der wesentliche Beitrag eher im regelmäßigen Austausch und in der Initiierung gemeinsamer Projekte als in der tatsächlichen Erhöhung der Rohstoffexporte aus den dortigen Ländern nach Deutschland liegt, bilden die Abkommen eine Grundlage für verschiedene Kooperationsformate. Der Erfolg solcher Partnerschaften hängt nicht allein von den politischen Bemühungen ab. Vielmehr sind es die wirtschaftlichen Interessen der beteiligten und potenziellen rohstofffördernden Unternehmen, die Entwicklung der Rohstoffpreise und die Bedingungen vor Ort, die den Erfolg bestimmen. Dennoch spielt die deutsche Politik eine wichtige Rolle als Türöffner, Verhandlungspartner, Kreditgeber und langfristiger Begleiter von Rohstoffpartnerschaften entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Und genau diese Fähigkeiten sollten wieder stärker artikuliert und mit den politisch-ökonomischen Interessen Deutschlands in der Indo-Pazifik-Region verzahnt werden. Die laufenden Rohstoffpartnerschaften

Rohstoffpartnerschaften bilden eine Grundlage für verschiedenste Kooperationsformate.

können als Lessons-Learned-Beispiele dienen. Bereiche, die gut funktioniert haben, wie die Schaffung gemeinsamer Austauschformate auf politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Ebene, die Marktöffnung für deutsche Unternehmen und der gemeinsame Wissenstransfer, können prinzipiell fortgesetzt werden. Bereiche, die bisher kaum oder gar nicht funktioniert haben, wie die Erhöhung deutscher Auslandsbeteiligungen an Rohstoffprojekten in den Partnerländern, sollten indes überdacht und gegebenenfalls konzeptionell neu aufgestellt werden. Für die Indo-Pazifik-Region sollte sich die Bundesregierung genau überlegen, welche Länder als potenzielle Rohstoffpartner in Betracht kämen. Nicht jeder rohstoffreiche Staat ist automatisch ein geeigneter Partner, da unter anderem die Bedingungen vor Ort zu schwierig, die politischen Beziehungen nicht ausreichend entwickelt oder wenig förderlich sind oder die dortigen Lagerstätten bereits von Konkurrenten kontrolliert und ausgebeutet werden.

Nicht jeder rohstoffreiche Staat ist automatisch ein geeigneter Partner.

Potenzielle Kandidaten für neue indo-pazifische Rohstoffpartnerschaften wären Indonesien und die Philippinen. Indonesien steht für 30 Prozent der weltweiten Nickelförderung, auf die Philippinen entfallen 13 Prozent Marktanteil. Nickel ist ein wichtiges Metall bei der E-Mobilität, dessen Nachfrage in den nächsten Jahrzehnten stark steigen wird. Deutschland kann bei der Verhandlung mit diesen beiden Schwergewichten auf dem Nickelmarkt eine unterstützende Rolle für die europäische Rohstoffwirtschaft spielen, insbesondere um den Einstieg für europäische Investoren und Unternehmen zu erleichtern. Mithilfe des bestehenden Förderinstrumentariums der Bundesregierung (zum Beispiel Hermesbürgschaften) können finanzintensive und risikoreiche Rohstoffprojekte auch langfristig unterstützt werden. Die Erfolgsaussichten solcher Projekte und Initiativen könnten überdies erhöht werden, wenn die Bundesregierung deutlicher kommunizierte, dass bestimmte Rohstoffinvestments nicht nur von wirtschaftlichem, sondern auch von politisch-strategischem Interesse sind, da sie einen potenziellen Beitrag zur langfristigen Rohstoffsicherung Deutschlands leisten. Kleineren deutschen oder europäischen Unternehmen, die nicht die gleiche finanzielle und politische Unterstützung, wie beispielsweise ihre chinesischen Konkurrenten genießen, könnte dadurch frühzeitig signalisiert werden, dass deren Engagement langfristig unterstützt wird. Da Minenprojekte von der Planung und Genehmigung bis zum Beginn der Produktion bis zu zehn Jahre dauern können, wäre eine solche Unterstützung nicht nur hilfreich, sondern für einige Projekte sogar überlebensnotwendig. Die Unterstützung muss stets die sozialen und umweltspezifischen negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus im Blick behalten und diese bestmöglich minimieren.

Deutschland sollte signalisieren, dass bestimmte Rohstoffinvestments nicht nur von wirtschaftlichem, sondern auch von politisch-strategischem Interesse sind.

2. Unterstützung strategischer Unternehmen – Australiens Seltenerdsektor

Australien als gefestigter demokratischer Rechtsstaat und erfahrungsreiche Bergbaunation wäre ein idealer Partner für eine solche neue strategische Rohstoffpartnerschaft. Es befinden sich nicht nur reichhaltige Vorkommen an Seltenen Erden und zahlreichen weiteren kritischen Mineralien im Land, die bereits von mehreren, überwiegend kleineren Unternehmen erkundet und teilweise abgebaut werden. Die australische Regierung hat überdies den Wert ihrer Bodenschätze erkannt und ist bereit, diesen strategischen Rohstoffsektor zu unterstützen. Das australische Seltenerdunternehmen Lynas weiß, was es bedeutet, wenn man im Wettbewerb mit dem übermächtigen China nahezu allein bestehen muss und auf die finanzielle Unterstützung ausländischer Partner angewiesen ist. So unterstützte die japanische Regierung Lynas finanziell und sicherte dem Unternehmen in einer Phase niedriger Rohstoffpreise das wirtschaftliche Überleben. Das Kalkül Tokios war und ist es, eine alternative Bezugsquelle zu den dominanten chinesischen Unternehmen zu haben. Bis heute ist Lynas das größte und einzige Rohstoffunternehmen außerhalb Chinas, das Seltene Erden in Australien fördert und in Malaysia verarbeitet.¹² Die strategische Unterstützung eines australischen Rohstoffunternehmens, wie durch Japan, wäre auch ein mögliches Beteili-

Australien als idealer Partner für eine neue strategische Rohstoffpartnerschaft

gungsmodell für Deutschland. Neben Lynas existiert eine Reihe kleiner Seltenerd-Start-ups in Australien, die als strategische Investments zur mittel- und langfristigen Sicherung des Bezugs von Seltenen Erden für deutsche Endabnehmer dienen könnten. Dabei sollte nicht nur in zeitlicher Hinsicht strategisch, sondern auch funktionell größer gedacht werden, denn mit der ausschließlich finanziellen Unterstützung einiger kleiner australischer Förderunternehmen wäre es nicht getan. Da China auch die Weiterverarbeitung der Seltenerdminerale und die Fertigung zu Endprodukten (vor allem leistungsstarke Permanentmagnete) kontrolliert, müsste auch über weiterführende Investments auf der zweiten und dritten Stufe der Wertschöpfungskette nachgedacht werden. Solcherlei Investments wären kapitalintensiv und hätten vor allem strategischen Nutzen, aber eine gemeinsame Rohstoffpartnerschaft zwischen Deutschland, der EU und Australien böte ausreichend Finanzkraft sowie geowissenschaftliche und technologische Expertise, um diese Schritte wagen zu können. Aus rohstoff- und geostrategischer Sicht könnte damit Chinas Vorrangstellung auf diesem Schlüsselmarkt auf mittelfristige Sicht etwas entgegengesetzt und könnten die Rohstoffbezugsquellen nicht nur für Deutschland, sondern für den gesamten von Chinas Rohstofflieferungen abhängigen Westen erweitert werden.

3. Japans Rohstofforganisation JOGMEC – ein Modell für Deutschland?

Eine weitere Option im Handlungsportfolio strategischer Rohstoffpolitik wäre, von anderen Ländern mit ähnlichen Versorgungsherausforderungen wie Deutschland zu lernen. Das rohstoffarme Japan mit seiner geografischen Nähe zu China und seinen intensiven Handelsbeziehungen zur Volksrepublik böte sich als interessantes Fallbeispiel an. Japan ist der einzige Konkurrent, der noch mit China im Bereich der Förderung Seltener Erden (mithilfe des australischen Unternehmens Lynas) und bei der Fertigung von leistungsstarken Permanentmagneten konkurrieren kann. Ein zentraler Player in der japanischen Rohstoffpolitik ist die Japan Oil, Gas and Metals National Corporation (JOGMEC). Die offizielle Bezeichnung verrät, dass für die Organisation fossile und metallische Rohstoffe relevant sind. JOGMEC fungiert als staatliche Agentur und Bindeglied zwischen den für Rohstofffragen zuständigen japanischen Ministerien und der Rohstoffindustrie. Dabei deckt JOGMEC das gesamte Spektrum von der Erkundung bis zur Finanzierung von Rohstoffprojekten ab. Weitere Zuständigkeitsbereiche umfassen die Verwaltung einer strategischen Reserve kritischer Industriemetalle und die Förderung von Projekten in den Bereichen Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung. Das übergeordnete Ziel der Organisation ist die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung mit fossilen und metallischen Rohstoffen für die japanische Industrie.¹³ JOGMEC ist aus organisatorischer Hinsicht eine Art Zwitter, der staatliche Langfristplanung und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit bestmöglich vereinen soll. Auf den institutionellen Kontext in Deutschland übertragen entspräche JOGMEC am ehesten einer Kombination aus der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Das Beispiel JOGMEC soll illustrieren, dass es im Ausland interessante Möglichkeiten für institutionell-organisatorisches und strategisches Lernen für die deutsche Rohstoffpolitik gibt. Sicherlich muss genau analysiert werden, inwiefern das japanische JOGMEC-Kooperationsmodell einen übertragbaren Nutzen für Deutschland hätte und welche Vor- und Nachteile damit verbunden wären. Sollte jedoch Berlin seine Rohstoffpolitik auf der strategisch-organisatorischen Ebene zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft enger verzahnen wollen, könnte der Blick nach Tokio sehr interessant sein.

Chinas Vorrangstellung etwas entgegengesetzt

JOGMEC als Bindeglied zwischen Ministerien und Rohstoffindustrie

Ziel der Rohstofforganisation ist die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung mit fossilen und metallischen Rohstoffen.

Fazit und Ausblick

Strategische Rohstoffpolitik erfordert idealerweise ein möglichst effektives und langfristiges Zusammenspiel zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Ein unkoordiniertes Nebeneinander schwächt die langfristigen Erfolgsaussichten deutscher Rohstoffprojekte im Ausland und unterminiert die diversen rohstoffstrategischen Ziele des Staates. Wenn Deutschland und die EU ihre hohen Abhängigkeiten bei zahlreichen Rohstoffen minimieren und bei strategisch relevanten Lieferketten nicht vollends von ausländischen Produzenten abhängig und erpressbar sein wollen, sollten Rohstoffpolitik, Technologieentwicklungen, wirtschaftliche Interessen und geopolitische Strategieerwägungen künftig stärker zusammengedacht und gegebenenfalls organisatorisch miteinander verzahnt werden. Eine diesbezügliche Debatte zu den rohstoffstrategischen Zielen Deutschlands und den bisherigen Erfolgsbilanzen ist ebenso notwendig wie die konsequente Evaluation des eingesetzten rohstoffpolitischen Instrumentariums. Dabei gilt es, die sich verändernden globalökonomischen und geostrategischen Entwicklungen im Blick zu behalten und diese mit den deutschen Interessen und institutionellen Rahmenbedingungen abzugleichen. Im anbrechenden asiatischen Jahrhundert kann eine stärker strategisch ausgerichtete Rohstoffpolitik in der Indo-Pazifik-Region eine Blaupause für eine generelle neue, stärker geopolitische deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik sein.

Strategische
Rohstoffpolitik
erfordert Zusam-
menspiel zwischen
Politik, Wirtschaft
und Wissenschaft.

- 1 European Commission (2020): *Study on the EU's list of Critical Raw Materials – Final Report*. Online unter: <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/42883/attachments/1/translations/en/renditions/native> (zuletzt abgerufen am 13.9.2021).
- 2 United States Geological Survey (2021), *Mineral Commodity Summaries 2021*. Online unter: <https://pubs.usgs.gov/periodicals/mcs2021/mcs2021.pdf> (zuletzt abgerufen am 13.9.2021), die Angaben zu Seltenen Erden s. S. 133.
- 3 Ebd., die Angaben zu Lithium s. S. 99.
- 4 Ebd., die Angaben zu Kupfer s. S. 53 und Nickel S. 113.
- 5 Auswärtiges Amt (2020), *Leitlinien zum Indo-Pazifik. Deutschland – Europa – Asien. Das 21. Jahrhundert gemeinsam gestalten*. Online unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf> (zuletzt abgerufen am 13.9.2021).
- 6 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2020), *Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen* vom 15.1.2020. Online unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/rohstoffstrategie-der-bundesregierung.html> (zuletzt abgerufen am 13.9.2021), S. 9.
- 7 Ebd.
- 8 Kullik, Jakob/Schmid, Marc (2021): *Strategic Overload: Die neue Rohstoffstrategie Deutschlands zwischen Pragmatismus und Überambition*. In: *SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen*, Bd. 5, H. 1. Online unter: <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2021-1004/html> (zuletzt abgerufen am 13.9.2021).
- 9 European Commission (2021), *Joint Communication to the European Parliament and the Council. The EU strategy for cooperation in the Indo-Pacific* vom 16.9.2021. Online unter: https://eeas.europa.eu/sites/default/files/jointcommunication_2021_24_1_en.pdf (zuletzt abgerufen am 22.9.2021).
- 10 Europäische Kommission (2020), *Mitteilung der Kommission vom 3.09.2020 – Widerstandsfähigkeit der EU bei kritischen Rohstoffen: Einen Pfad hin zu größerer Sicherheit und Nachhaltigkeit abstecken*. Online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0474&from=EN> (zuletzt abgerufen am 13.9.2021), S. 19.
- 11 Ebd., S. 16.
- 12 Kullik, Jakob (2019): *Unter dem Radar. Die strategische Bedeutung Seltener Erden für die wirtschaftliche und militärische Sicherheit des Westens*. Arbeitspapier Sicherheitspolitik Nr. 13/2019 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Online unter: https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2019_13.pdf (zuletzt abgerufen am 13.9.2021).
- 13 Japan Oil, Gas and Metals National Corporation. Online unter: http://www.jogmec.go.jp/english/about/about_jogmec_01_000003.html (zuletzt abgerufen am 13.9.2021).

Impressum

Der Autor

Jakob Kullik ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Internationale Politik an der Technischen Universität Chemnitz und promoviert zu Rohstoffpolitik und Versorgungssicherheit Deutschlands und der Europäischen Union mit kritischen metallischen Rohstoffen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Daniela Braun

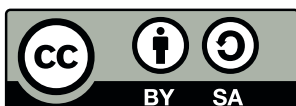
Referentin für Außen-
und Sicherheitspolitik
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3399
daniela.braun@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, Berlin
Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-98574-016-1



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
© ollo/iStock by Getty Images